

Risiken und Nebenwirkungen

Gastkommentar

von UWE SERDÜLT

Wunsch und Wirklichkeit klaffen beim Thema E-Demokratie immer noch stark auseinander. Die meisten Projekte kommen nicht über eine Pilotphase hinaus und bleiben ohne Folgen. Anreizstrukturen für einen längerfristigen Betrieb fehlen und sind noch zu erfinden. Wohl gemerkt, es gibt funktionierende Beispiele: So etwa die durch ein Online-Portal unterstützte Volksinitiative in Finnland, die indirekt aus der Europäischen Bürgerinitiative entstanden ist. Der Initiativtext kann nicht nur unterstützt, sondern auch diskutiert werden. Experten stehen den Initianten freiwillig mit Rat zur Seite. Oder das Pendant in Lettland, wo eine Volksmotion auf lizenzierten Portalen pragmatisch via das Log-in vom Online-Bankkonto unterstützt werden kann.

In der Schweizer E-Demokratie haben sich bisher erst Online-Wahlhilfen wie z. B. Smartvote durchgesetzt. E-Voting steht einzig im Kanton Neuenburg flächendeckend in allen Gemeinden zur Verfügung. Die politische Diskussion im Internet findet erst in zweiter Linie auf dafür geschaffenen Plattformen wie Politnetz statt. In erster Linie findet sie dort statt, wo nationale Regulatoren wenig Einfluss haben, nämlich auf Twitter, Facebook und Youtube. In diesen sozialen Netzwerken beobachten wir jedoch eine Tendenz zur Polarisierung von Politik sowie Diskussionen, die ins Emotionale abgleiten. Zudem wird aufgrund der Konvergenz von Medienkanälen das Verbot politischer Werbung in Radio und Fernsehen je länger, je mehr umgangen.

Online-Wahlhilfen funktionieren hier gut und werden als Orientierungshilfe für Unentschlossene immer populärer. Umso wichtiger ist es, einen Blick hinter die Kulissen zu werfen: Welche Fragen werden gestellt, welche Antwortmöglichkeiten hat man, welche Algorithmen kommen zum Einsatz? Solche Faktoren beeinflussen das angezeigte Resultat, so dass einzelne Kandidierende oder ganze Parteien unter Umständen bevorzugt sein können. E-Voting ist besonders bei Auslandschweizern beliebt und auch in der Schweiz dort, wo es bisher zum Einsatz kam, deutlich stärker genutzt als der Gang zur Urne. Für das politische System der Schweiz ist E-Voting weniger problematisch als ein zukünftiges E-Collecting, das Sammeln von elektronisch signierten Unterschriften. Wenn wie in Finnland oder Lettland per Internet gesammelte Unterschriften zu einer Gesetzesvorlage im Parlament führen, lassen sich diese auch in relativ hoher Anzahl verarbeiten. Ob das für die Schweiz, wo Unterschriften zu Abstimmungen führen, wünschbar ist, sollte gut bedacht sein. Zudem wird E-Collecting einer weiteren Skandalisierung von Politik in den (sozialen) Medien Vorschub leisten, weil das

der effizienteste Weg zu einer elektronischen Unterschrift sein wird.

Etwas geht zudem vergessen in der allgemeinen Vorstellung von E-Demokratie. Der ganze sogenannte intermediäre Sektor – also Parteien, Verbände, Vereine, NGO – kommt nicht vor. Die E-Demokratie fehlt also dort, wo politische Auseinandersetzungen zwischen Staat und Gesellschaft stattfinden. In den allermeisten Fällen findet der gesetzgeberische Prozess nämlich in Staatsebenen-übergreifenden Netzwerken von Organisationen statt. Der direkte Volksentscheid ist eigentlich die Ausnahme, und auch der will vorbereitet sein. Es herrscht die romantische Vorstellung, dass über das Internet eine «sauberere» Politik möglich sei – das Internet als Medizin gegen die Übel der Politik. Interessenorganisationen sind jedoch im Gegensatz zum sporadisch hyperventilierenden Klick-Aktivisten die stabilere Adresse für politische Anliegen. Ohne eine Verbindung zwischen Online-Aktivisten und Interessenverbänden kann eine E-Demokratie nicht nachhaltig betrieben werden.

Eine stärkere technologische Vernetzung im Alltag bringt nicht per se bessere Lösungen. Den Befürwortern des «Internets der Dinge», das uns dereinst mittels omnipräsenter Sensoren ruckelfrei durch den Alltag steuern soll, sei ins Gewissen geschrieben, dass man sich auf diesem Weg der politischen Auseinandersetzung in letzter Konsequenz entledigt. Es kann sein, dass dies gewünscht ist. Was gute Politik ist, entscheidet dann aber nicht mehr der Souverän, sondern, wie es Lawrence Lessig bereits 1999 formulierte: der Code.

Uwe Serdült ist wissenschaftlicher Abteilungsleiter und Lehrbeauftragter am Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) an der Universität Zürich.